presse

Tierschutzbeauftragte
AG Umwelt, Naturschutz, Bauen und Reaktorsicherheit

Wildtierschutz weiter verbessern – Illegalen Wildtierhandel bekämpfen

***Christina Jantz-Herrmann**, Tierschutzbeauftragte;*
***Carsten Träger**, zuständiger Berichterstatter:*

Die Koalitionsfraktionen bringen Antrag zum Wildtierschutz ins parlamentarische Verfahren ein. Mit dem Koalitionsantrag „Wildtierschutz weiter verbessern – Illegalen Wildtierhandel bekämpfen“ setzen wir einen weiteren Baustein des Koalitionsvertrages um. Sowohl der Schutz für bedrohte Tierarten als auch der Tierschutz bei der Haltung werden verbessert.

„Der Handlungsdruck in Sachen Wildtierschutz ist groß. Der illegale Wildtierhandel beläuft sich laut WWF auf 19 Milliarden US-Dollar und ist so zu einer Gefahr für den Erhalt der Artenvielfalt geworden. Auch in Deutschland hat sich die zunehmende Nachfrage nach Wildtieren zum Teil problematisch entwickelt. Dies zeigt sich beispielsweise anhand der unhaltbaren Zustände auf manchen Wildtier-Börsen oder von Unfällen mit gefährlichen Wildtieren. Der von der Koalition heute eingebrachte Antrag ‚Wildtierschutz weiter verbessern – Illegalen Wildtierhandel bekämpfen‘ ist ein wichtiger Schritt für den Wildtierschutz.

Wir setzen entlang der drei Elemente „Regulierung der legalen Naturentnahmen“, „Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels“ und „Haltungsbedingungen von Wildtieren in Deutschland“ an, um Verbesserungen zu erreichen.

Die Bundesregierung fordern wir auf, strengere Regeln für Tierbörsen zu erlassen und ein bundeseinheitliches Konzept für einen Sachkundenachweis zur artgerechten Haltung von Wildtieren zu erbringen. Auch wird die Bundesregierung dazu aufgerufen, Maßnahmen zur Reglementierung des Internethandels mit Wildtieren zu prüfen.

Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich nach dem Vorbild des US-Lacey-Acts auf europäischer Ebene für die Verabschiedung einer EU-Verordnung einzusetzen. Sie soll regeln, dass die Arten nicht mehr in die EU importiert werden dürfen, die im Herkunftsland geschützt sind und deren Fang und Export verboten ist, die aber keinem internationalen Schutzstatus unterliegen. Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Ein- und Ausfuhr von Jagdtrophäen davon abhängig gemacht wird, dass die Jagd die freilebenden Populationen der jeweiligen Arten nicht schädigt.“